Antinationaler Aufruf zur Protestkundgebung "USA raus aus Venezuela!"

08.01.2026 – 17 Uhr Bahnhofvorplatz Köln

FÜR DAS ENDE JEDES IMPERIUMS & JEDER NATION!

Die jüngsten Angriffe der USA auf Venezuela markieren keine isolierte Eskalation, sondern fügen sich in eine weltweite Zuspitzung imperialistischer Konkurrenz ein. Sie stehen exemplarisch für eine globale Entwicklung, in der Großmächte ihre Interessen zunehmend militärisch durchsetzen, internationale Regeln ignorieren und Konflikte als unvermeidliche Folge angeblich „natürlicher" Einflusszonen legitimieren.

Dabei wird Venezuela häufig als souveräner Akteur gegen äußeren Imperialismus dargestellt. Eine solche Sichtweise greift zu kurz. Die herrschende Klasse in Venezuela hat – unabhängig von antiimperialistischer Rhetorik – selbst ein Interesse an der Stabilisierung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse. Nationale Unabhängigkeit fungiert hier wie anderswo als Mythos, der Klassenkonflikte überdeckt und Arbeiter*innen auf die Seite „ihrer" Staatsapparate zwingt. Der Gegensatz verläuft nicht zwischen Nationen, sondern zwischen Klassen – und zwar global.

Der Angriff der USA folgt einer Logik, die sich weltweit beobachten lässt: Großmächte definieren Regionen als ihre Einflussräume, vorgeblich zur Sicherung von Rohstoffen, Stabilität oder Ordnung. Diese Logik ist nicht neu. Der Historiker Jürgen Zimmerer weist darauf hin, dass Großraumdenken zwangsläufig Ausschlüsse produziert: Wer exklusive Räume beansprucht, verdrängt andere Akteure. Zunächst trifft dies militärisch schwächere Staaten, langfristig jedoch auch die Großmächte selbst. Mit wachsendem Ressourcenbedarf kollidieren die Großräume miteinander – Konflikte werden strukturell unvermeidbar.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt die Konsequenzen dieser Denkweise deutlich. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, der Angriff Japans auf die USA 1941 oder zuvor Napoleons Expansion folgten allesamt der Vorstellung, durch territoriale Ausdehnung Sicherheit und Versorgung garantieren zu können. In der Realität führten sie zu Eskalation, Wettrüsten und schließlich zu Kriegen von globalem Ausmaß. Großmächte ignorieren dabei regelmäßig Völkerrecht und internationale Regeln, gestützt auf sendungsideologische Rechtfertigungen. Kurzfristig mag dies Vorteile bringen, langfristig erzeugt es Instabilität und erhöht die Wahrscheinlichkeit umfassender militärischer Konfrontationen.

Diese Dynamik ist nicht auf die USA beschränkt. Der russische imperiale Angriffskrieg auf die Ukraine ist Ausdruck derselben imperialen Logik. Ideologen wie Alexander Dugin propagieren die Vorstellung eines „russischen Imperiums" und eines eurasischen Großraums, der angeblich historisch, kulturell oder zivilisatorisch legitimiert sei. Auch hier dient Nationalismus als ideologischer Kitt, um imperiale Expansion zu rechtfertigen und soziale Widersprüche im Inneren zu neutralisieren.

EU auch nur ein Mieses Stück Scheiße!

Auch die Europäische Union ist kein neutraler „Friedensraum“, sondern trägt ausdrücklich zur globalen Wettbewerbs- und Machtpolitik bei. Die EU ist geopolitischen Akteur, der ökonomische Zwangslogik und Hegemoniepolitik verbindet. Die EU agiert nicht nur als Freihandelszone, sondern zunehmend als Machtblock, der seine Interessen durchsetzt – etwa durch rigide Haushaltspolitik, Schuldenmechanismen und wirtschaftliche Druckmittel gegenüber Mitgliedsstaaten sowie über ihre Handels- und Investitionsbeziehungen in der Welt.

Deutschland hat dabei oft eine führende Rolle inne, indem es politische und ökonomische Vorgaben innerhalb der EU dominiert und damit strukturelle Ungleichgewichte verstärkt. Die EU-Institutionen fungieren nicht nur als Verwaltungskapazität, sondern als Mittel zur Durchsetzung kapitalistischer Marktlogik im Inneren und imperialer Interessen im Außenverhältnis: Sie schaffen Zugänge zu Ressourcen und Märkten, setzen Strukturreformen durch und legitimieren sich zugleich mit „Regelbasierter Ordnung“, den faktisch größeren Mächten zugutekommt.

Die EU ist damit Teil desselben imperialen Systems, das in Venezuela, der Ukraine oder im Indopazifik agiert: ein System, in dem kapitalistische Interessen, militärische Machtprojektion und geopolitische Konkurrenz untrennbar sind.

A World Beyond Imperialism!

Die gegenwärtige Weltordnung bewegt sich zunehmend in Richtung einer Ordnung der Großmächte. Einflusszonen, Blockkonfrontationen und militärische Abschreckung treten immer offener an die Stelle kooperativer Regeln. Der Historiker Jürgen Zimmerer weist zu Recht darauf hin, dass selbst eine schwache regelbasierte Ordnung einer ungehemmten Machtpolitik vorzuziehen ist. Im Zeitalter nuklearer Bewaffnung wird es keine Sieger mehr geben. Jeder weitere Schritt der Eskalation erhöht die reale Gefahr eines globalen Krieges. Zugleich verschlingt das Wettrüsten enorme Ressourcen, die für soziale Sicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und die Bewältigung der Klimakrise dringend benötigt würden.

Das Beharren auf Völkerrecht, auf der Ächtung von Angriffskriegen und auf multilateralen Institutionen ist daher keine naive Moralpolitik, sondern eine harte historische Lehre aus zwei Weltkriegen und eine materielle Überlebensfrage der Menschheit. Imperialistische Politik – ob unter US-amerikanischem, russischem, europäischem oder anderem Vorzeichen – verschärft Klassenunterdrückung, zerstört Lebensgrundlagen und treibt die Welt an den Rand eines neuen globalen Flächenbrands.

Gleichzeitig darf das Völkerrecht nicht als Instrument missverstanden werden, das imperialistische Verhältnisse grundsätzlich überwinden könnte. Internationale Rechtsnormen sind historisch in eine Weltordnung eingebettet, die auf kapitalistischer Konkurrenz, ungleicher Entwicklung und staatlich organisierter Macht beruht. Sie begrenzen Gewalt nur dort, wo sie mit den Interessen der dominierenden Akteure vereinbar sind. In Krisenzeiten werden sie flexibel ausgelegt, suspendiert oder offen gebrochen. Imperialismus erscheint dann nicht als Ausnahme vom Recht, sondern als seine systemische Ergänzung.

Auch autoritäre und faschistische Formen von Herrschaft entstehen nicht außerhalb dieser Ordnung, sondern aus ihren inneren Widersprüchen. Wenn soziale Konflikte und ökonomische Krisen nicht mehr integriert werden können, werden rechtliche Normen preisgegeben und durch offene Gewalt ersetzt. Auf internationaler Ebene zeigt sich dies in Angriffskriegen, Sanktionen, Ausnahmezuständen und militärischer Eskalation. Das Recht fungiert dabei weniger als Schutzmechanismus denn als Spiegel bestehender Kräfteverhältnisse.

Eine emanzipatorische Perspektive darf sich daher nicht auf bloße Rechtsappelle beschränken. Sie muss sich gegen jede Form von Großmachtpolitik, Blockdenken und imperialer Expansion richten und zugleich die gesellschaftlichen Ursachen dieser Dynamiken benennen. Solange kapitalistische Klassenverhältnisse, private Aneignung gesellschaftlichen Reichtums und nationale Konkurrenz fortbestehen, bleiben Expansion, Aufrüstung und Krieg strukturell angelegt.

Das Völkerrecht kann unter diesen Bedingungen lediglich Schadensbegrenzung leisten. Die Aufhebung der Ursachen von Imperialismus, Krieg und autoritärer Herrschaft erfordert eine grundlegende soziale Transformation, die die materiellen Grundlagen von Konkurrenz & Ausbeutung überwindet. Erst dann wird eine Welt möglich, in der internationale Regeln nicht permanent gegen die Logik von Macht und Profit verteidigt werden müssen, sondern Ausdruck solidarischer gesellschaftlicher Verhältnisse sind.

Für die soziale Revolution!

www.subversive-theorie.de